

Verantwortungspartner- schaft für Kultur in ländlichen Räumen

Interview mit Frau Dr. Christiane Schenderlein MdB



Dr. Christiane
Schenderlein MdB ist
Arbeitsgruppenspre-
cherin der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

KuMi: Frau Dr. Schenderlein, als Bundestagsabgeordnete sind Sie Mitglied in den Ausschüssen für Kultur und Medien, für Inneres und Heimat und für Tourismus. Ist die Lage ländlicher Räume in diesen drei Ausschüssen ein Thema, wenn ja, inwiefern? Und welche Bedeutung hat dort jeweils das Thema Kultur in ländlichen Räumen?

Als Bundestagsabgeordnete aus dem ländlichen Raum in Nordsachsen setze ich mich sehr für dessen Belange ein. Natürlich spiegelt sich dieses Engagement auch in meiner Gremienarbeit wider. Wir sind in der herausragenden Position, dass wir in Deutschland ein umfangreiches Kulturangebot außerhalb der urbanen Ballungszentren erleben können. Egal ob Wagnerfestspiele in Bayreuth, die Passionsfestspiele in Oberammergau oder das Wacken Open Air. Hinzu kommen unzählige Baudenkmäler, Kulturstätten und Industriekultur, die man flächendeckend in Deutschland besuchen und erleben kann. Daraus leitet sich ein enormes Potenzial ab, welches wir natürlich auch touristisch vermarkten können und müssen.

KuMi: Welche politischen Handlungsbedarfe sehen Sie aktuell im Hinblick auf gesellschaftliche Wandlungsprozesse in ländlichen Räumen? Vor welchen Herausforderungen stehen in diesem Kontext aus Ihrer Sicht aktuell Kulturschaffende und Kultureinrichtungen in ländlichen Räumen?

Die Kulturszene hat in den vergangenen beiden Jahren überproportional unter der Coronapandemie gelitten. Viele Einrichtungen und Veranstaltungen rentieren sich lediglich unter Vollauslastung, wodurch sie durch die unterschiedlichen Hygieneauflagen in die Verlustzone gerutscht sind. Hinzu kommt die aktuelle Energiepreiskrise, welche die Szene zusätzlich sehr belastet. Die vergangene Bundesregierung ist mit dem »Neustart Kultur«-Programm einen bisher einzigartigen Weg

gegangen und hat erfolgreich auf die subsidiären Strukturen in unserer Kulturlandschaft gebaut. Nun gilt es, die bestehenden Strukturen vor allem im ländlichen Raum langfristig zu sichern. Hierfür müssen der Bund, die Länder und die Kommunen Hand in Hand arbeiten.

Meine Heimat, der Freistaat Sachsen, hat mit dem Kulturraumgesetz ein einzigartiges Werkzeug geschaffen, um den unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Regionen auch in der Kulturpolitik gerecht zu werden. Auch hier setzt man auf Subsidiarität.

KuMi: Verfassungsrechtlich sind in erster Linie die Länder für die Pflege und den Schutz der Kultur im Land verantwortlich. Sie teilen sich diese Aufgabe mit den Kommunen, die im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechts über ihre kulturellen Belange selbst entscheiden. Der Bund wiederum unterstützt Kultureinrichtungen und -aktivitäten von nationaler Reichweite und fördert subsidiär. Dieses Zusammenspiel der politischen Ebenen wird unter den Begriffen »Verantwortungspartnerschaft« oder »Kooperativer Kulturföderalismus« verhandelt. Diese Begriffe klingen nach Harmonie, sie implizieren aber auch, dass die Kompetenzbereiche entlang konkreter Entwicklungen immer wieder verhandelt werden müssen. Wie funktioniert der kulturpolitische Austausch zwischen den Ebenen, welche Gremien bzw. andere Strukturen gibt es dafür?

Der Austausch zwischen Kommunen, Ländern und Bund ist gerade im Kulturbereich wichtig, allein weil viele Förderprogramme auch von den Ländern mitfinanziert oder auch administriert werden müssen. Und gerade in Krisenzeiten, wie bei Corona und steigenden Energiepreisen, bedarf es einer engen Abstimmung. Viele Kultureinrichtungen in den Ländern, öffentlich wie privat, sind hier zwingend auf Hilfen durch den Bund angewiesen. Die

Fachpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion tauschen sich auch mit den jeweiligen kulturpolitischen Sprechern der Landtage aus.

Regierungsseitig hat sich inzwischen das Format »Kulturpolitisches Spitzengespräch« etabliert, zu dem die Kulturminister der Länder, die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie die Kulturstiftungen der Länder und des Bundes in das Kanzleramt eingeladen werden. Wir halten es für sinnvoll, wenn auch die Vertreter des Parlaments daran teilnehmen könnten. Oder in einer Art »Gesamtkonferenz« auch Repräsentanten der Kulturbranche hinzugezogen werden. Die europäische Ebene wird hingegen noch eher stiefmütterlich betrachtet, dabei gibt es natürlich auch hier zunehmend Stellschrauben.

KuMi: Wie würden Sie das Verhältnis zwischen Bund, Ländern und Kommunen im Hinblick auf Kulturpolitik generell beschreiben? Gibt es Konfliktlinien, ggf. auch solche, die kulturelles Schaffen und kulturelle Teilhabe in ländlichen Räumen betreffen?

Ein großer Anteil der Kulturpolitik wird auf kommunaler Ebene geleistet. Soweit nicht Landesgesetze die Kommunen zur Bereithaltung von Kultureinrichtungen verpflichten, ist die Unterhaltung von Kultureinrichtungen (z. B. Museen) typische freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Kommunen.

Der Bund trägt vor allem Kultureinrichtungen von nationaler Bedeutung, zudem hat er mit dem Programm »Neustart Kultur« viel Geld zum Schutz der Kultur zur Verfügung gestellt.

KuMi: Welche Aufgaben sehen Sie in dieser Konstellation der politischen Ebenen für den Bund konkret im Hinblick auf die Förderung und die Entwicklung von Kultur in ländlichen Räumen? In

welchem Verhältnis stehen diese zur Kulturpolitik der Länder und der Kommunen?

Die Länder sind hier gefragt, wenn es um reine regionale Vorhaben oder Projekte geht. Der Bund muss das Ganze im Blick haben. Es gibt bereits viele Programme, die im Ergebnis auch eine bundesweite Bedeutung haben, wie z.B. das Denkmalschutzsonderprogramm, das Zukunftsprogramm Kino oder auch der Deutsche Buchhandlungspreis. Aus unserer Sicht müssen diese nicht nur erhalten, sondern auch verstärkt werden. Nicht, weil die Länder es nicht können, sondern weil der Erhalt der kulturellen Infrastruktur in der Fläche auch eine bundes- und gesamtdeutsche Verantwortung ist.

KuMi: In einigen ländlichen Kommunen – so wird häufig beklagt – gibt es keinen finanziellen Spielraum und zu geringe kulturpolitische Kapazitäten für Kulturarbeit und Kulturförderung. Welche strukturellen Möglichkeiten sehen Sie für den Bund, kulturelle Aktivitäten und kulturelle Teilhabe in ländlichen Räumen zu fördern, in denen dies der Fall ist?

Nicht zuletzt muss auch die kommunale Ebene erkennen, dass sich Investitionen über die Pflichtausgaben hinaus mittelfristig rentieren. Attraktive Kultureinrichtungen bilden einen Standortvorteil im Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen, Fachkräftegewinnung oder Bevölkerungswachstum. Wir erleben es mittlerweile in vielen Großstädten, dass es gerade für junge Familien oft keinen adäquaten Wohnraum oder Bildungsangebote gibt. Oftmals sind die Argumente für den Verbleib in der Großstadt die Kultur-, Club- oder Kneipenszene. Vieles davon lässt sich aber mittlerweile auch außerhalb der Städte finden. Für mich ist der ländliche Raum eine Zukunftsregion.

Die Fragen für die Redaktion stellte Christine Wingert. ■